

GASTBEITRAG

Beim Sparen lieber klotzen statt kleckern

VON BERNHARD ESCHWEILER *)

Börsen-Zeitung, 2.6.2010
Was für einen Unterschied drei Wochen machen. Ging es davor noch um Steuersenkungen, so ist nun von Steuererhöhungen die Rede. Was den Bürgern schon seit einiger Zeit als unvermeidbar erschien, haben unsere Politiker erst nach der Euro-Krise und der Wahl in Nordrhein-Westfalen verstanden. Nicht nur Griechen, Portugiesen und Spanier müssen sparen, sondern wir Deutsche auch.

Deutschland ist nicht Griechenland, aber die Gefahr einer Schuldenfalle ist auch bei uns nicht gering. 2010 wird das öffentliche Defizit über 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen und die Staatsverschuldung wird sich 80 % des BIP nähern. Nichtstun bedeutet, dass Zins und Zinseszins das Defizit und die Schulden immer weiter nach oben treiben. Der Wirtschaftsaufschwung, wenn er denn anhält, wird sich zwar positiv bemerkbar machen und das Defizit langsam auf 3 % des BIP drücken, das reicht aber nicht aus. Erstens bleiben zu viele Unsicherheiten, zweitens würden die Schulden trotzdem weiterwachsen und drittens verlangt die Schuldenbremse, dass Bund und Länder ihre strukturellen Haushalte bis 2016 bzw. 2020 fast oder ganz ausgleichen.

Mindestens 75 Mrd. Euro müssen zusätzlich eingespart werden. Der Einsparungsbedarf wird jedes Jahr größer, da selbst im Aufschwung das Wirtschaftswachstum die Zinskosten nicht voll kompensiert. Hinzu kommen mögliche Abschreibungen, die aus dem Bankenrettungsprogramm oder der Euro-Rettungsaktion resultieren. Des Weiteren muss man längerfristig mit negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Haushalte rechnen. Vor diesem Hintergrund sind die bisherigen Sparpläne von 10 Mrd. Euro pro Jahr bis 2016 unzureichend, zumal sie auf zu optimistischen Wirtschaftsannahmen basieren.

Zinskosten laufen weiter

Die Realität holt die Politik nun ein. Zu hoffen bleibt, dass die Politiker nicht nur schnell, sondern auch

resolut reagieren. Größere Spar-schritte führen nicht nur schneller zum Ziel, sondern kosten auch weniger, da sie den Schuldenanstieg und damit die Zinskosten früher bremsen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Sparmaßnahmen das Wachstum nicht zu sehr bremsen. Deshalb sind Ausgabenkürzungen Steuererhöhungen vorzuziehen.

Ansetzen sollte man besonders bei Subventionen und laufenden Zuschüssen, die knapp 40 % der öffentlichen Ausgaben ausmachen, sowie Steuervergünstigungen. Der bereits entstandene Koalitionsstreit heißt leider nichts Gutes. Wahrscheinlicher ist deshalb, dass mindestens die Hälfte des Sparbedarfs über Steuererhöhungen finanziert wird. Das ist nicht populär, aber politisch angenehmer, wie das Beispiel der großen Koalition gezeigt hat. Die Frage ist, wo die Steuerschraube am wahrscheinlichsten angezogen wird.

Am einfachsten wäre es, alle Verbrauchssteuern (Mehrwert-, Energie-, Tabaksteuer etc.) anzuheben, da sie zusammen fast die Hälfte aller Steuereinnahmen ausmachen. Eine Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozentpunkte auf 21 % und eine proportionale Anhebung aller anderen Verbrauchssteuern würden Zusatzeinnahmen von 1 % des BIP pro Jahr generieren und wahrscheinlich den Konsum – trotz temporärer Verzerrungen – nur gering bremsen. Politisch ist eine Mehrwertsteuererhöhung nicht populär, da die letzte Anhebung noch nicht vergessen ist. Kritik könnte es auch von anderen EU-Staaten geben, die von Deutschland mehr Nachfrageimpulse erwarten.

Eine Anhebung der Lohn- und Einkommensteuer ist momentan politisch eher unwahrscheinlich. Ein politischer Umbruch in Richtung Rot-Rot-Grün oder große Koalition könnte aber den Weg zu höheren Spitzensteuersätzen ebnen. Im Gegensatz zu einer Anhebung der Verbrauchersteuern würden höhere Spitzensteuersätze die Finanzlücke allerdings nicht schließen.

Vermögenssteuer im Fokus

Unternehmens- und Gewerbesteuern stellen einen kleineren Teil der Steuereinnahmen dar und sind

derzeit politisch weniger tabu. Dies zeigt auch die plötzliche Zustimmung der FDP zur Finanzmarktsteuer. Unternehmen und Banken haben von den Reformen vor der Krise profitiert und sind relativ gut durch die Krise gekommen, wie man an den wieder hohen Gewinnen sehen kann. Das Problem ist nur, dass Unternehmen und Banken viel mobiler sind als Arbeiter und Konsumenten. Das heißt, eine Anhebung der Unternehmens- und Gewerbesteuern könnte negative wirtschaftliche Konsequenzen haben und weniger als erwartet in die Staatskassen spülen.

Was bleibt, sind vermögensbezogene Steuern. Darunter fallen Zinsschlagsteuer, Erbschaftsteuer und Grundsteuer. Zusammen stellen sie weniger als 10 % der Steuereinnahmen dar, ihre Steuergrundlage ist aber riesig. Das Nettovermögen der privaten Haushalte beträgt mehr als das Fünffache des verfügbaren Einkommens. Der Anteil vermögensbezogener Steuern beträgt nur 0,5 % des Nettovermögens, was im internationalen Vergleich gering ist. Eine leichte Erhöhung – zum Beispiel durch ein Anheben der Grundsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – würde beachtliche Einnahmen generieren und die politische Stimmung gut treffen. Heftiger Widerstand von Lobbygruppen ist aber auch garantiert. Ein Kompromiss wäre, zusätzliche Vermögenssteuern auf besonders wohlhabende Bürger zu limitieren.

Die Debatte hat erst begonnen, aber festzuhalten bleibt, dass der Einsparungsbedarf – erstens – größer ist, als die meisten Politiker derzeit zugeben. Dass man beim Sparen – zweitens – eher klotzen statt kleckern sollte. Dass uns – drittens – die politische Realität Steuererhöhungen wahrscheinlich nicht ersparen wird. Und dass – viertens – das geringste Übel, also wirtschaftlich und politisch am ausgewogensten, eine kombinierte Erhöhung von Konsumenten- und Vermögenssteuern ist. Na denn prost!

Bernhard Eschweiler, Senior Economic Advisor Silvia Quandt & Cie. AG

